



Infos über Gorleben

Wo, bitte schön, geht's hier zu diesem komischen Endlager?
Dieses Kapitel behandelt alle Fragen rund um Endlagerbaustelle, Schichtwechsel,
Geografisches und Atomrechtliches.

Die Gorleben-Lügen

Für Atommüll ungeeignet - das war beim Salzstock in Gorleben von Anfang an klar. Eine Bestandsaufnahme:

Das Atommüll-Projekt

1977 bestimmte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) Gorleben zum Standort eines „Nuklearen Entsorgungszentrums“. Dafür vorgesehene Waldflächen waren zuvor Brandstiftungen zum Opfer gefallen. Die Wiederaufarbeitungsanlage scheiterte, gebaut wurden oberirdische Zwischenlager, die „Pilotkonditionierungsanlage“ zum endlagergerechten Verpacken von Atommüll sowie das „Erkundungsbergwerk“.

Auf Salz gebaut

Die BRD legte sich in den 60er-Jahren auf eine Endlagerung in Salz fest. Mit ausschlaggebend war die Aussicht auf Fördermittel der EURATOM. International ist die Eignung von Salz als Endlager höchst umstritten: Das plastische Gestein

1. drückt die Lagerkammern zusammen, sodass die Behälter platzen,
2. steigt durch den Druck stetig nach oben,
3. ist extrem wasserlöslich und
4. zersetzt sich durch radioaktive Strahlung.

Rache an der DDR

Der in den 70ern mit der Endlagersuche beauftragte Geologe Prof. Dr. Gerd Lüttig berichtete nach seiner Pensionierung, warum Albrechts Wahl auf den Salzstock Gorleben fiel, der aus fachlicher Sicht nur „dritte Wahl“ war: aus Rache für das grenznahe DDR-Endlager Morsleben, das auch Niedersachsen zu verseuchen drohte - Motto: „Jetzt werden wir's denen mal zeigen!“

Die Gorlebener Rinne

Die Tonschicht über dem Gorlebener Salzstock durchschneidet ein mindestens 300 Meter tiefer, mit Geröll gefüllter eiszeitlicher Graben. Durch diesen fließt Grundwasser, das die Oberfläche des Salzstocks ständig ablaugt -jedes Jahr bis zu 12.000 Kubikmeter Salz. „Die zuständigen Fachleute waren entsetzt, als Albrecht sich auf Gorleben festlegte“, bekannte jetzt der Hydrogeologe Prof. Dr. Dieter Ortlam.

Die Warnungen der Wissenschaftler rissen nicht ab. Der Geologe Prof. Dr. Klaus Duphorn etwa warnte 1982 vor „Bruchstörungen [...] sowohl im Salzstock als auch im Deckgebirge“, die „als Wanderwege für Wasser und Lauge dienen können“. Radioaktive Stoffe könnten so ins Grundwasser gelangen. Die Behörden reagierten mit Druck: Duphorn solle sein negatives Votum revidieren.

Frisierte Gutachten

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) verfasste 1983, nach Auswertung der Tiefbohrungen, einen Zwischenbericht über Gorleben. Die Abdeckung des Salzstocks sei nicht in der Lage, „Kontaminationen auf Dauer von der Biosphäre zurückzuhalten“,

radioaktive Stoffe könnten bereits nach „600 beziehungsweise 1.100 Jahren“ ins Grundwasser gelangen, heißt es in der Urfassung. Selbst im Innern des Salzstocks fanden sich große Anhydritschichten (die Wasser enthalten oder als Wasserleiter fungieren können). Dann intervenierte die Bundesregierung: Die Zusammenfassung solle die „berechtigte Hoffnung“ betonen, „dass im Salzstock Gorleben ein Endlager für alle Arten von radioaktiven Abfällen“ eingerichtet werden könne. Die Warnung, dass Wasser und Lauge eindringen könnten, bittet sie „etwas weiter vom Zentrum der Betrachtung wegzurücken“. Außerdem solle ganz vorne ein positives Votum stehen. Die Endversion des Papiers beginnt: „Die bisherigen Erkenntnisse über den Salzstock haben die Aussagen über seine Eignungshöflichkeit für die Endlagerung [...] bestätigt.“ Selbst von der Forderung der Experten, zumindest alternative Standorte zu erkunden, ist kein Wort mehr zu lesen.

„Erkundung“ oder Endlagerbau?

Hochrangige Beamte diskutierten 1980, wie man ein atomrechtliches Verfahren für den „Endlagerbau“ vermeiden könne. Ihre Idee: Den Salzstock offiziell nur zu „erkunden“ - dafür reicht Bergrecht. Das „Erkundungsbergwerk“ bekam allerdings endlagertaugliche Schächte mit 7,5 statt vier Meter Durchmesser. Die Kosten stiegen dadurch um bis zu 800 Millionen Euro.

Vorbild Asse

Jahrzehntelang galt das „Versuchsendlager“ Asse II offiziell als „Pilotprojekt“ für das geplante Endlager Gorleben. Dieselben Gutachter, die für Gorleben plädierten, attestierten auch der Asse Sicherheit für Jahrtausende. Erst seit die Zustände dort - Wassereintrich, Einsturzgefahr, kontaminierte Lauge - öffentlich sind, wollen die Endlager-Fans von der „Pilotfunktion“ nichts mehr wissen.

Die Salzrechte

Einige Gorlebener traten - gegen Geld - ihre Salzrechte für den Bau des „Erkundungsbergwerkes“ ab. Die Pachtverträge laufen 2015 aus. Grund zur Hoffnung auf ein Aus der Endlagerpläne ist das nicht. Erstens können Verträge verlängert werden. Zweitens reicht eine Gesetzesänderung aus, um eine Enteignung zu ermöglichen.

FAQ: Atommüll

Ist das Endlager nicht schon längst in Betrieb?

Nein! Anders als immer wieder angenommen und von den Medien irrtümlich veröffentlicht, befindet sich noch kein Atommüll im Salzstock in Gorleben. Ein Endlager ist dort nicht genehmigt. Seit dem Jahr 2000 ruhte sogar die Erkundung, weil eigentlich beschlossen wurde, auch in anderen Gebieten nach „geeigneten Standorten“ zu suchen. Damit ist allerdings nicht begonnen worden -und das Moratorium lief Ende 2010 aus. Der hochradioaktive Müll befindet sich in Transportbehältern - Castoren genannt - in einer oberirdischen Lagerhalle. Dieses Zwischenlager droht zur Dauerlösung zu werden. Einen Schutz vor Strahlung, Flugunfällen, Terrorangriffen oder Naturkatastrophen gibt es dort nicht.

Ist die Lagerung im Salz denn nicht sicher?

Nein! Der ehemalige Kalischacht Asse II in Wolfenbüttel, die Pilotanlage für Gorleben, säuft ab. Täglich dringen bis zu 12 000 Liter Wasser in den Salzstock ein, und Experten erkennen nun, dass Salzlauge und Atommüll schon bald ein nicht zu beherrschendes, radioaktives Gebräu ergeben werden. In Gorleben gibt es ebenfalls große Wasserreservoirs; es kommt hinzu, dass es kein intaktes Deckgebirge z. B. aus Ton gibt und Radioaktivität ungehindert in die Umwelt gelangen könnte. Wenn der Atomausstieg realisiert wird, werden ca. 18 000 Tonnen hochradioaktiven Mülls eingelagert werden müssen. Jedes zusätzliche Jahr erhöht diese Menge Müll um 400 bis 500 Tonnen. Über 40 Jahre Endlagerforschung resultieren heute in dem Ergebnis: So wie erhofft, geht es nicht. Die Lösung des atomaren Endlager-Problems ist völlig offen!

Der Weltbedarf an Energie lässt sich aber doch nur durch Atomkraft stillen, oder nicht?

Nein! Weltweit hat die Atomkraft einen Anteil von nur etwa zwei bis drei Prozent an der Energieerzeugung oder 16 Prozent an der Stromproduktion. Blicke es dabei, wären die Vorräte des spaltbaren Uran-Isotops U-235 in rund 50 Jahren erschöpft. Würde die Atomkraft aus politischen Gründen ausgebaut, wären die Reserven entsprechend früher am Ende. Dieses Fakt und die zur Neige gehenden Öl- und Gasvorkommen zeigen, dass wirtschaftliches Wachstum hier und in den Schwellenländern auf Dauer nur mit regenerativer Energiegewinnung möglich sein wird. Übrigens: Genau wie die Atomkraft, trägt schon heute auch die Windkraft mit 16 Prozent zur weltweit produzierten Strommenge bei — Tendenz steigend!

Ohne Atomkraft wird der Strom immer teurer, oder?

Nein! Atomkraft sichert die billige Produktion von Strom - verkauft wird er an der Strombörse aber zum jeweils höchstmöglichen Preis, genau wie anders produzierter Strom auch. Atomenergie sichert also nicht niedrige Preise für die Verbraucher, sondern besonders hohe Gewinne für Vattenfall, RWE, E.ON und EnBW. Mittels Steuern zahlt der Stromkunde für Atomstrom sogar noch drauf: für Subventionen, Atommüllentsorgung, Risikoabsicherung. Berechnungen zufolge würde der von einem Dreipersonenhaushalt zu zahlende Strompreis bei Erhalt der Atomkraft pro Monat nur 88 Cent günstiger sein als nach erfolgtem Atomausstieg. Der Gewinn der Atomstromer würde aber um 10 Milliarden Euro steigen - pro Jahr!

Brauchen wir nicht die Atomkraft, um dem Klimawandel zu begegnen?

Nein! Korrekt ist, dass AKW während des Betriebs kein CO₂ ausstoßen. Aus ihren Kühltürmen kommen stattdessen Krypton und Argon - zwei der schlimmsten Killer der Ozonschicht - und andere gefährliche Stoffe. Trotzdem ist auch die CO₂-Bilanz eines Atomkraftwerks nicht wesentlich besser als die eines Gas-Blockheizkraftwerks, was an der enormen Menge einzusetzender Energie liegt, bis ein AKW ans Netz gehen kann: Uranabbau, Herstellung der Brennstäbe und Bau der aufwändigen Anlagen setzen CO₂ frei. Mit Wissen um die Schrecken von Tschernobyl und die jüngsten Störfälle in Europa und vor dem Hintergrund der ungelösten Frage der Atommülllagerung, der menschenverachtenden Arbeitsbedingungen im Uranbergbau und der zur Neige gehenden Vorkommen an Uran, können nur Zyniker die Atomkraft als Öko-Energie bezeichnen.